

LSBB Plenum am 17.01.2018 TOP 3

Fazit „Auf dem Weg: Mobilitätsgesetz“

Wir haben in der Diskussion deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es uns wichtig ist, dass alle Verkehrsarten und alle Verkehrsteilnehmer*innen gleichberechtigt im Mobilitätsgesetz Berücksichtigung finden. Die Frage ist jedoch unbeantwortet, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, alle Verkehrsteilnehmer*innen des Privat und Wirtschaftverkehrs parallel und im Dialog in die Erarbeitung der Konzepte einzubeziehen.

Wir vertreten den Standpunkt, dass Mobilität mehr ist als Straßenverkehr. Wir wollen in der Mobilität die Selbstbestimmtheit erhalten.

Mobilität ist für uns die Ermöglichung von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Wir brauchen dazu eine gesellschaftliche Haltung gegenüber den Schwächeren in den Verkehrssystemen. Das Gesetz sollte dazu anregen, Menschen dafür zu sensibilisieren.

Die Verkehrssysteme sind nicht nur stadt-, umwelt- sowie klimaverträglich auszugestalten, sondern vor allem sicherer und inklusiver. Das brauchen die Menschen für ihre individuelle Lebensraumgestaltung. Noch immer ist die Anzahl der Aktivplätze und Sitzbänke zu gering. Es fehlen ebenso abgesenkte Gehwege.

Der ÖPNV muss die Mobilität von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sichern und von Barrieren befreit werden.

Das ist nicht erst 2025 zu erfüllen, sondern umgehend. Der Ausbau von Straßen allgemein, von sicheren Fuß- und Radwegen ist zwingend erforderlich. Entsprechende Bauvorhaben und Infrastrukturmaßnahmen müssen ressortübergreifend sowohl zwischen den Bezirken als auch auf den Senatsebenen bereits in der Planung besser abgestimmt werden. Der Aufbau eines Erhaltungsmanagements für die Straßen und Brücken wird von uns unterstützt. Dafür ist es hohe Zeit.

Das Gesetz ist jetzt noch sehr allgemein. Es besteht die Gefahr, dass es ein Papiertiger bleibt, wenn nicht konkrete Maßnahmen, Standards und Indikatoren folgen.

Berlin hat nicht nur städtische Strukturen. Es hat auch Ortsteile mit ländlichen dörflichen Strukturen. Das verlangt nach Differenzierung der Maßnahmen bei Planung und Umsetzung.

Der LSBB wird nach Einbeziehung des LSV und der Fachgruppe „Älterer Menschen“ des Paritätischen, nach umfangreichen Diskussionen, zahlreichen Hinweisen und Ergänzungsvorschlägen einen Katalog erstellen. Ihn werden wir den Fraktionen des Abgeordnetenhauses von Berlin übergeben.

Gleichzeitig bereiten wir uns auf den Fußverkehrsdialog vor, der im März/April beginnen soll und auf die Diskussion um den Entwurf des Gesetzes zum Wirtschaftsverkehr.

Eveline Lämmer, Vorsitzende